

Wie alles anfang:

Die Kommunalwahl 30.08.2009 brachte auch den GRÜNEN im Kreistag das bislang beste Ergebnis seit Beginn, mit 9,53 % sind wir dabei. Das entspricht einem Zuwachs von 1,76 %. Übertroffen wurden wir lediglich von der FDP, die einen Zuwachs von 3,05 % zu verzeichnen hatte. Die SPD hat ihr Ergebnis von 2004 federleicht um 0,05 % verbessert, CDU hat 4,25 % eingebüßt, die UWG 2,35 %. Die Linke ist erstmals mit 3,73 % vertreten. Nicht mehr dabei ist die FWU und die Reps, dafür ist die NPD mit 1,26 % vertreten.

9,53 % das entspricht 5 von 54 Sitzen (CDU 20, SPD 17, FDP 6, UWG 3, Linke 2, NPD 1). Bei dieser Sitzungsverteilung wurden aus die Karten für die Ausschüsse neu gemischt. Wir sind gut vorbereitet in die „vorbereitenden Gespräche“ gegangen, da uns Rechenmodelle vorlagen, was für uns die vorteilhafteste Vorgehensweise sei. An dieser Stelle nochmal „danke Simon“.

In den Ausschüssen – mit Ausnahme des KA als geschäftsführendem Ausschuss – sind wir mit 2 Mitgliedern vertreten. Da macht die Arbeit einfacher und angenehmer. Bei der Festlegung der Ausschüsse wurde zwar unser Wunsch nach Einbeziehung der Flüchtlingsproblematik in den „Vertriebenenausschuss“ abgelehnt, jedoch vom Landrat zugesagt, eine andere Lösung zu finden. (S. hierzu unseren Antrag auf Einrichtung eines „Integrationsbeirates“.

Wie es weiterging:

Nach der konsituierenden Sitzung kam gleich die Verabschiedung des Haushaltes 2010, den wir abgelehnt haben, weil unsere Forderung ihn ökologischer und sozial ausgewogener zu gestalten, abgelehnt wurde. Die Haushaltsrede wurde von Horst Löwenberg – frei – gehalten. Einer seiner Schwerpunkte war die Einbeziehung einer Stelle im Jugendamt, die vom Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde, und zwar 2009, die aber von der Verwaltung ohne viel Federlesen gestrichen wurde, da nach deren Auffassung nicht notwendig. Zusätzlich haben wir eine ½ Stelle mehr in der wirtschaftlichen Jugendhilfe gefordert, aber auch dieses wurde nicht als notwendig erachtet.

Kurz darauf wurde alle eines besseren belehrt, denn in den ersten Januartagen 2010 trat das Defizit im Jugendamt zu Tage bzw. kam ans Licht der Öffentlichkeit. Zur Erinnerung: Aufgrund von Personalengpässen im Jugendamt (Krankheit und Tod von Mitarbeitern, dadurch Überlastung der verbliebenen) wurden die Aufgaben der wirtschaftlichen Jugendhilfe nur teilweise erledigt. Niemand hatte – über einen Zeitraum von mind. 18 Monaten – einen Überblick über die Entwicklung, als man ihn hatte, wurde ein beachtliches Defizit festgestellt. Zusammen mit dem Defizit aus dem Bereich Kindergarten beläuft es sich auf € 3,8 mio., die von den Städten und Gemeinden zu tragen sind. Die Bürgermeister/in haben eine entsprechende Vereinbarung getroffen.

Erst beim Haushalt 2011 zeigt sich wie hoch das „strukturelle“ Defizit wirklich ist. Da jetzt mit klaren Zahlen gearbeitet wird (und nicht mehr gewurschtelt) soll die differenzierte Kreisumlage um 4,16 %Punkte erhöht werden.

Die Frage Jugendamt hat die Fraktion mind. für das erste Halbjahr 2010 befasst, sie war Schwerpunkt der Arbeit, was auch in einigen Anträgen und Änderungsanträgen mündete.

Mittlerweile liegt auch der 2. Bericht der IMAKA vor, die im Jugendamt Verbesserungen erarbeiten sollte. Ursprünglich mit dem Ziel, die ca. € 700 000,-- die für die Beitragsfreiheit der Kindergartenbeiträge für Kindern von Eltern deren Einkommen unter € 30 000,--- liegt „herauszuarbeiten“. Es überrascht uns nicht, dass dies nicht gelungen ist, es konnte nicht gelingen, weil die Voraussetzungen hierfür nie gegeben waren.

Im Gegenteil: Auch IMAKA fordert – wie bereits das GPA – und wir eine Ausweitung der Stellen im Jugendamt. (Wobei es schon hilfreich wäre, wenn die Stellen, die lt. Stellenplan vorhanden sind, auch besetzt wären.)

Neben diesem Schwerpunktthema haben wir uns mit der Frage „Leben und Wohnen im Alter“ befasst, haben die Einrichtung eines Integrationsbeirates – erfolgreich – gefordert. An der Umsetzung wird gearbeitet, die abschließende Verwaltungsvorlage soll im I. Quartal 2011 vorliegen, es wird wohl das II. Quartal werden.....

Bei all dem hat sich eine entscheidende Veränderung ergeben (Vielleicht haben wir uns verändert, vielleicht war die veränderte Zusammensetzung der CDU ausschlaggebend). Wir haben gelernt, dass es sinnvoll sein kann, andere im Vorfeld einzubeziehen, zu fragen, was haltet ihr davon, könnt ihr das mittragen. Das ist sicherlich nicht das Modell die gesamte weitere Arbeit, aber es gelungen am Beispiel „Optionskommune“.

Ihr wisst, es gab es die Möglichkeit, sich als Optionskommune zu bewerben, mit dem Ziel die Arbeit in der ARGE nicht der Bundesanstalt für Arbeit aus Nürnberg zu überlassen, sondern zu versuchen, sie hierüber – im Rahmen der Möglichkeiten – zu gestalten. Erstmals – soweit meine Erinnerung in diesem Kreistag reicht – ist es gelungen, dass die Fraktionen des Kreistages einen Antrag erarbeitet haben, der Maßgabe für die Verwaltung ist – und nicht umgekehrt. Leider wurde der Kreis nicht als Optionskommune ausgewählt.

Die Arbeit, die hierfür geleistet wurde, lässt hoffen, für andere Projekte die anstehen könnten. Der Siegerlandflughafen wird nicht dazugehören. Denn hier sind wir nach wie vor auf einsamen Posten, die übrigen Fraktionen bleiben wie sie sind: SPD in Nibelungentreue zum Flughafen stehend, die CDU mault zwar über das Defizit, doch hinter vorgehaltener Hand, die FDP möchte zwar, aber traut sich nicht..... Wenn ich sehr alt werde, werde ich es vielleicht erleben.....

Zum Fahrplanwechsel 15.07.10 zeichnet sich ein weiterer Schwerpunkt ab: Linienbündel Mitte mit all seinen negativen Auswirkungen, die m. E. bis heute nicht abgestellt sind, nur der Protest ist leiser geworden.

Was kommt?

Ein Haushaltsentwurf dessen Forderung nach Umlageerhöhung die kommunalen Möglichkeiten sprengt, ein „paar finanzielle Unwägbarkeiten“ wie z. B. die 4 Mio. Unterdeckung aus der Sanierung des Kreishauses, die Leuchttürme des Landrates (Wisente, Zukunftsinitiative 2020, Wirtschaftsförderung durch KM:SI, Siegerlandfluchhafen). Das sind alles Felder, die viel Geld kosten, deren Ablauf nicht nachzuvollziehen ist, weil sie teilweise dem Zugriff des Kreistages entzogen sind.

In der Haushaltssitzung haben wir klar gemacht, dass der bisherige Hebesatz beibehalten werden kann und muss. Die Mehrheit war anderer Meinung und hat die Erhöhung durchgezogen. Allerdings haben wir bis heute keinen genehmigten Haushalt. Es hat sich herausgestellt, dass wir die Anhebung der Umlage Landschaftsverband nicht in der angesetzten Höhe benötigen, dass mehr Geld vom Land NRW in den Kreis fließt als vorgesehen, dass die Erstattung der Kosten für die Unterbringung von Hartz-IV-Empfängern zu niedrig angesetzt wurden. All dies an die Städte und Gemeinden weitergegeben führt zu einer Beibehaltung des bisherigen Hebesatzes, wie von uns bereits im Dezember gefordert.

Teil des Beschlusses vom Dezember war die gewünschte Einsparung von € 3 Mio. im laufenden Haushalt. Am 08.04.11 wurde eine entsprechende Sparliste vorgelegt, die allerdings nur bei einem Teil der sog. freiwilligen Leistungen ansetzte. Einige Bereiche – s. oben – blieben weitgehend ungeschoren. Hierzu gibt es eine gestellte, aber noch nicht beantwortete Anfrage von uns.

In der Sitzung am 17.06.11 wird die Stunde der Wahrheit schlagen. Dann muss ein Nachtrag vorgelegt werden. Ich hoffe, dass bis dahin viele Fraktionen in ihren Räten den Antrag gestellt haben, dass die Kreistagsabgeordneten sich für eine Senkung der Umlage einsetzen sollen. Wilnsdorf hat als 1. Fraktion den Antrag gestellt - und eine Mehrheit bekommen. Die Gemeinde Erndtebrück, in der wir im Gemeinderat nicht vertreten sind, hat als Verwaltung nachgefragt. Vielleicht findet sich unser Antrag dort als Verwaltungsvorlage wieder.

Der 11.03.11 – Fukushima – hat m. E. die Grundfesten der Republik erschüttert. Auch für Siegen-Wittgenstein stellt sich die Frage nach dem Ausstieg aus der Atomenergie, die Frage nach den Aktien der RWE AG. Hier haben wir als KT-Fraktion kein schlüssiges Konzept, dass die Frage nach dem wie beantwortet. Alle sind eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit den ÖPNV anders zu gestalten, sich Gedanken zu machen über das gemeinsame Leben in Zukunft (demografischer Wandel, was ja nicht nur heißt, viele alte Menschen, sondern auch wenige junge). D. h. wir dürfen nicht stehen bleiben bei der Frage, was machen wir mit den alten Menschen und das vielleicht so gar reduziert auf die Floskel „ambulant vor stationär“, sondern wir müssen sehen, dass wir attraktiv sind für junge Familien.

Wir haben keine Zauberformel, wie das alles auszusehen hat. Es gibt dabei m. E. auch kein „richtig“ und im Gegenzug ein „falsch“, sondern darum Fragen zu stellen und Antworten zu erarbeiten – und dazu seid ihr auch alle eingeladen.

Netphen, 05.05.11
Helga Rock

